

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Nummer 14

Ausgegeben in München am 29. Juli 2008

Jahrgang 2008

Hinweis

Das **KWMBI** und das Beiblatt zum KWMBI werden **ab Jahresbeginn 2009** auf elektronische Fassung umgestellt und allen Nutzern **kostenlos im Internet** bereitgestellt. Ein Hinweisdienst informiert per E-Mail jeweils über das Erscheinen neuer elektronischer Ausgaben.

Bisherige Abonnements des gedruckten Amtsblatts enden ohne Kündigung zum 31. Dezember 2008. Soweit danach Bedarf für eine gedruckte Fassung des KWMBI gesehen wird, wird diese zum Preis von 40 Euro zuzüglich Porto jährlich bestellt werden können.

Die Internet- und Bestelladressen werden in den letzten Ausgaben des Jahres mitgeteilt.

I n h a l t

Seite

I. Rechtsvorschriften

Studienordnung für das Staatsinstitut für
die Ausbildung von Förderlehrern (Förder-
lehrerstudienordnung – FöISO) 183

Druckfehlerberichtigung der Verordnung
zur Änderung der Verordnung über abwei-
chende Regelungen vom Bayerischen Hoch-
schulgesetz an der Universität Bayreuth . . . 193

II. Bekanntmachungen der Baye- rischen Staatsministerien für Un- terricht und Kultus und Wissen- schaft, Forschung und Kunst

Hilfsmittel bei der Anfertigung von schrift-
lichen Leistungsnachweisen an bayerischen
Gymnasien 194

Landesprogramm für die gute gesunde
Schule Bayern 195

Zulassung von Lernmitteln 200

III. Bekanntmachungen der Baye- rischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen –

I. Rechtsvorschriften

2038-3-4-9-1-UK

Studienordnung für das Staatsinstitut für die Ausbildung von Förderlehrern (Förderlehrerstudienordnung – FöISO)

Vom 24. Juni 2008 (GVBl S. 399)

Auf Grund von Art. 125 Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit Art. 89 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 6. Mai 2008 (GVBl S. 158), und Art. 19 Abs. 2, Art. 25 Abs. 5 und Art. 115 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 931), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dem Bayerischen Landespersonalausschuss folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Ausbildung

Abschnitt I

Allgemeines, Aufnahme

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Aufgabe des Staatsinstituts für die Ausbildung von Förderlehrern und Dauer der Ausbildung
- § 3 Aufnahmevoraussetzungen
- § 4 Bewerbung
- § 5 Eignungstest
- § 6 Aufnahme
- § 7 Probezeit

Abschnitt II

Unterrichtsbetrieb

- § 8 Stundentafeln, Lehrpläne, Stundenplan, Ausbildungsveranstaltungen, Ferien
- § 9 Leistungsnachweise
- § 10 Nachholen von Leistungsnachweisen
- § 11 Jahresfortgangsnoten, Jahreszeugnis, Vorrücken, Höchstausbildungsdauer

Abschnitt III

Rechte und Pflichten der Studierenden

- § 12 Teilnahme am Unterricht, sonstige Pflichten
- § 13 Studierendenvertretung

Abschnitt IV

Leitung der Abteilungen, Lehrerkonferenz

- § 14 Leitung der Abteilungen
- § 15 Lehrerkonferenz

Abschnitt V

Veranstaltungen und Tätigkeiten Dritter

- § 16 Veranstaltungen Dritter, kommerzielle und politische Werbung, Plakate
- § 17 Erhebungen

Zweiter Teil

Abschlussprüfung am Staatsinstitut

- § 18 Prüfungszeit und Prüfungsort
- § 19 Aufgaben des Staatsministeriums
- § 20 Prüfungsausschuss für die Abschlussprüfung, Prüfungskommissionen
- § 21 Zulassung zur Prüfung
- § 22 Prüfungsteile
- § 23 Festsetzung der Prüfungsergebnisse, Nichtbestehen der Prüfung, Abschlusszeugnis
- § 24 Fachgebundene Hochschulreife
- § 25 Unterschleif
- § 26 Versäumnis, Rücktritt
- § 27 Wiederholung der Prüfung
- § 28 Niederschrift, Prüfungsliste, Bericht an das Staatsministerium

Dritter Teil

Ordnungsmaßnahmen, Rechtsschutz, Ausnahmefälle, Schlussbestimmungen

- § 29 Ordnungsmaßnahmen

- § 30 Rechtsschutz der Studierenden und der Erziehungsberechtigten
- § 31 Ausnahmefälle
- § 32 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsbestimmungen

Erster Teil

Ausbildung

Abschnitt I

Allgemeines, Aufnahme

§ 1

Geltungsbereich

¹Diese Verordnung regelt die für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst erforderliche fachliche und pädagogische Ausbildung und die hierfür erforderlichen Prüfungen für Förderlehrkräfte. ²Soweit diese Verordnung keine Regelung enthält, gelten die Vorschriften der Allgemeinen Prüfungsordnung (APO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Februar 1984 (GVBl S. 76, BayRS 2030-2-10-F) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2

Aufgabe des Staatsinstituts für die Ausbildung von Förderlehrern und Dauer der Ausbildung

¹Am Staatsinstitut für die Ausbildung von Förderlehrern (Staatsinstitut), Abteilungen I und II, erhalten die Studierenden die fachliche und pädagogisch-didaktische Ausbildung. ²Die pädagogisch-didaktische Ausbildung umfasst eine Einführung in die Schulpraxis. ³Die Ausbildung dauert drei Ausbildungsjahre.

§ 3

Aufnahmevoraussetzungen

Die Aufnahme in das Staatsinstitut setzt voraus

1. einen mittleren Schulabschluss gemäß Art. 25 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK) in der jeweils geltenden Fassung,
2. die gesundheitliche Eignung für den Beruf der Förderlehrkraft und
3. das Bestehen eines Eignungstests gemäß § 5.

§ 4

Bewerbung

- (1) Anträge auf Aufnahme in das Staatsinstitut

sind innerhalb des vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Staatsministerium) festgesetzten Zeitraums bei einer der beiden Abteilungen des Staatsinstituts einzureichen; Mehrfachbewerbungen sind unzulässig.

(2) Der Bewerbung sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Lebenslauf (tabellarisch),
2. Nachweis der erforderlichen Schulbildung; wenn die erforderliche Schulbildung erst am Ende des laufenden Schuljahres abgeschlossen wird, ist der Bewerbung zunächst das letzte Zwischen- oder ggf. Jahreszeugnis beizufügen,
3. bei minderjährigen Bewerberinnen und Bewerbern die schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten,
4. amtliches Führungszeugnis, das nicht älter als sechs Monate ist, sofern nicht unmittelbar der Übergang aus einer Schule erfolgt.

(3) ¹Das Staatsinstitut kann im Einzelfall weitere Nachweise, insbesondere zur schulischen Vorbildung, fordern. ²Soweit zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht alle Bewerbungsunterlagen vorgelegt werden können, sind sie unverzüglich, spätestens eine Woche nach Beginn der Sommerferien, nachzureichen; in besonders begründeten Fällen kann das Staatsinstitut Fristverlängerung gewähren.

§ 5

Eignungstest

(1) ¹Aufgenommen werden kann nur, wer in einem unmittelbar vorausgehenden Eignungstest die allgemeine und fachliche Eignung für die Ausbildung nachweist. ²Ein nicht bestandener Eignungstest kann nur im darauf folgenden Jahr und nur einmal wiederholt werden.

(2) ¹Der Eignungstest besteht in einer ersten Stufe aus einem schriftlichen Testverfahren mit den Schwerpunkten Deutsch und Mathematik für alle Bewerberinnen und Bewerber; die Bearbeitungszeit soll insgesamt 5 Stunden nicht überschreiten. ²Das schriftliche Testverfahren findet bei den Abteilungen inhalts- und zeitgleich statt. ³Die Bewertung erfolgt nach Punkten. ⁴In einer zweiten Stufe wird mit den Bewerberinnen und Bewerbern, die im schriftlichen Testverfahren mindestens die Hälfte der Punkte erzielt haben, ein Gespräch, insbesondere über Fragen geführt, die mit der späteren Berufsausübung zusammenhängen. ⁵Das Gespräch wird in Gruppen geführt und soll je Bewerberin und Bewerber insgesamt 30 Minuten nicht überschreiten. ⁶Das Gespräch führen am Staatsinstitut tätige Lehrkräfte, geeignete Schulleiterinnen oder Schulleiter oder andere geeignete Lehrkräfte; die Leitung der Abteilung bestimmt die jeweiligen Personen. ⁷Die Gesamtbewertung der ersten und zweiten Stufe erfolgt wiederum nach Punkten. ⁸Das Ergebnis des schriftlichen Testverfahrens geht zweifach, das Ergebnis des Gesprächs einfach in die Punktebewertung ein.

§ 6

Aufnahme

(1) Über die Aufnahme entscheidet die jeweilige Abteilung des Staatsinstituts.

(2) Die Aufnahme ist Bewerberinnen und Bewerbern zu versagen,

1. welche die in § 3 genannten Voraussetzungen nicht nachweisen; bestehen Zweifel, ob die gesundheitliche Eignung für den Beruf der Förderlehrkraft gegeben ist, kann die Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens verlangt werden,
2. die vom Besuch beider Abteilungen des Staatsinstituts ausgeschlossen sind (§ 29 Abs. 1 Nr. 6),
3. die zweimal die Probezeit (§ 7) nicht bestanden haben,
4. die ein Ausbildungsjahr nicht mehr wiederholen dürfen,
5. die die Ausbildung nicht innerhalb der verbleibenden Höchstausbildungsdauer (§ 11 Abs. 5) erfolgreich abschließen können oder
6. soweit sie die an einer Abteilung des Staatsinstituts abgelegte Abschlussprüfung nicht mehr wiederholen dürfen.

(3) Die Aufnahme kann Bewerberinnen und Bewerbern versagt werden, wenn

1. sie die Meldefrist versäumt haben,
2. sie nicht alle in § 4 Abs. 2 genannten Unterlagen fristgerecht vorgelegt haben,
3. sie eine Straftat begangen haben und die übrigen Voraussetzungen des Art. 44 Abs. 2 Satz 2 BayEUG vorliegen,
4. Tatsachen vorliegen, die sie für die Tätigkeit als Förderlehrkraft als ungeeignet erscheinen lassen oder
5. sie weder Deutsche im Sinn des Art. 116 des Grundgesetzes sind, noch einen Einbürgerungsantrag gestellt haben und auch nicht Angehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union sind.

(4) ¹Die Aufnahme erfolgt zu Beginn des Studienjahres; sie setzt die Teilnahme am Unterricht am ersten Unterrichtstag oder den spätestens am dritten Unterrichtstag zu erbringenden Nachweis voraus, dass zwingende Gründe eine Teilnahme am Unterricht vorübergehend verhindern. ²Die Aufnahme erfolgt grundsätzlich an der gewählten Abteilung des Staatsinstituts. ³Sind mehr Bewerberinnen und Bewerber vorhanden, als aufgenommen werden können, erfolgt die Aufnahme nach dem im Eignungstest erzielten Gesamtergebnis.

§ 7

Probezeit

(1) ¹Die endgültige Aufnahme ist vom Bestehen

einer Probezeit abhängig. ²Dies gilt auch nach einem Austritt bei späterem Wiedereintritt in das Staatsinstitut. ³In der Probezeit wird festgestellt, ob die Studierenden den Anforderungen der Ausbildung gewachsen sind.

(2) Die Entscheidung über das Bestehen der Probezeit trifft die Leitung der Abteilung auf Empfehlung der Lehrerkonferenz in der Regel Mitte Februar des ersten Ausbildungsjahres; in besonderen Ausnahmefällen kann die Probezeit um bis zu drei Monate verlängert werden.

(3) Haben Studierende die Probezeit nicht bestanden, so teilt dies die Leitung der Abteilung ihnen, bei minderjährigen Studierenden den Erziehungsberechtigten, unverzüglich unter Angabe der maßgeblichen Gründe schriftlich gegen Empfangsnachweis mit.

Abschnitt II

Unterrichtsbetrieb

§ 8

Studentafeln, Lehrpläne, Stundenplan, Ausbildungsveranstaltungen, Ferien

(1) Für den Unterricht gelten die vom Staatsministerium erlassenen Studentafeln und Lehrpläne.

(2) Der Stundenplan wird von der Leitung der Abteilung festgesetzt.

(3) ¹Die Studentafeln können Unterricht auch in Form von Vorlesungen, Seminaren und schulpraktischen Veranstaltungen und als Pflichtveranstaltungen, Wahlpflichtveranstaltungen sowie Wahlveranstaltungen vorsehen. ²In geeigneten Fällen können Ausbildungskurse und Praktika auch in Blockform, in den Ferienzeiten sowie außerhalb des Staatsinstituts abgehalten werden.

(4) ¹Die Ferien richten sich nach der allgemeinen Ferienordnung (Art. 5 Abs. 2 BayEUG). ²Das Staatsministerium kann aus besonderen Gründen Abweichungen von der Ferienordnung anordnen oder genehmigen.

§ 9

Leistungsnachweise

(1) In allen Pflichtfächern, Wahlpflichtfächern und in den Wahlfächern Deutsch, Sozialkunde und Englisch werden in der Regel schriftliche und mündliche Leistungsnachweise in angemessener Zahl und angemessenem Umfang verlangt.

(2) An einem Unterrichtstag soll in der Regel nur ein schriftlicher Leistungsnachweis verlangt werden; der Termin ist mindestens eine Woche vorher anzukündigen.

(3) § 25 Abs. 1 Sätze 1 und 2 gelten entsprechend.

(4) ¹Die Leistungsnachweise sind so bald wie mög-

lich zu bewerten und mit den Studierenden zu besprechen; die erreichte Note ist mitzuteilen. ²Die Bewertung erfolgt mit den Notenstufen gemäß Art. 52 Abs. 2 BayEUG; Zwischennoten sind nicht zulässig. ³Die Leistungsnachweise sind bis ein Jahr nach Ende der Ausbildung an der jeweiligen Abteilung des Staatsinstituts aufzubewahren.

§ 10

Nachholen von Leistungsnachweisen

(1) ¹Studierende, die einen angekündigten Leistungsnachweis mit ausreichender Entschuldigung versäumt haben, erhalten einen Nachtermin. ²Werden mehrere angekündigte Leistungsnachweise mit ausreichender Entschuldigung versäumt, so kann je Fach ein Nachtermin für mehrere Leistungsnachweise angesetzt werden.

(2) ¹Wird der Nachtermin mit ausreichender Entschuldigung versäumt, so kann eine schriftliche Ersatzprüfung angesetzt werden. ²Eine mündliche Ersatzprüfung kann angesetzt werden, wenn in einem Fach die mündlichen Leistungen der Studierenden wegen ihrer Versäumnisse nicht hinreichend beurteilt werden können.

(3) ¹Eine Ersatzprüfung kann in einem Fach nur einmal im Studienhalbjahr stattfinden. ²Sie kann sich über den gesamten bis dahin behandelten Unterrichtsstoff des Studienjahres erstrecken. ³Der Termin der Ersatzprüfung ist den Studierenden spätestens eine Woche vorher mitzuteilen. ⁴Mit dem Termin ist den Studierenden der Prüfungsstoff bekannt zu geben.

(4) ¹Wer an der Ersatzprüfung wegen Erkrankung nicht teilnimmt, muss die Erkrankung durch ärztliches Zeugnis nachweisen. ²Das Staatsinstitut kann die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangen.

(5) Wird ohne ausreichende Entschuldigung ein angekündigter Leistungsnachweis, ein Nachtermin oder eine Ersatzprüfung versäumt oder eine Leistung verweigert, so wird die Note 6 erteilt.

§ 11

Jahresfortgangsnoten, Jahreszeugnis, Vorrücken, Höchstausbildungsdauer

(1) ¹Am Ende jeden Ausbildungsjahres werden für alle Unterrichtsfächer, in denen nach § 9 Abs. 1 Leistungsnachweise zu erbringen sind, Jahresfortgangsnoten in pädagogischer Verantwortung festgesetzt. ²§ 9 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Am Ende jeden Ausbildungsjahres wird jeweils ein Jahreszeugnis mit den Jahresfortgangsnoten erteilt; dies gilt nicht für das Ausbildungsjahr, das mit einer Abschlussprüfung endet.

(3) Die Erlaubnis zum Vorrücken in das nächste Ausbildungsjahr erhält, wer in höchstens einem Pflicht- oder Wahlpflichtfach die Jahresfortgangsnote „mangelhaft“ und in keinem Pflicht- oder

Wahlpflichtfach die Jahresfortgangsnote „ungenügend“ erhalten hat.

(4) ¹Wer die Erlaubnis zum Vorrücken nicht erhalten hat, kann das Ausbildungsjahr nur einmal und nur im unmittelbaren Anschluss wiederholen. ²Eine Wiederholung ist ausgeschlossen, wenn dadurch die Höchstausbildungsdauer überschritten würde. ³Zur Wiederholung eines Ausbildungsjahres bedarf es eines schriftlichen Antrags bis 1. September des darauf folgenden Studienjahres. ⁴Die Leitung der Abteilung kann abweichend von Satz 1 in begründeten Fällen eine spätere Wiederholung zulassen.

(5) ¹Die Höchstausbildungsdauer beträgt zwei Jahre mehr als die Gesamtdauer der Regelausbildung am Staatsinstitut. ²Für die Berechnung der Höchstausbildungsdauer zählen alle am Staatsinstitut bzw. einer Abteilung verbrachten Studienjahre, auch wenn sie durch Nichtbestehen der Probezeit, Austritt oder Krankheit verkürzt waren. ³Die Höchstausbildungsdauer gilt auch dann als überschritten, wenn feststeht, dass die Ausbildung nicht mehr innerhalb der Höchstausbildungsdauer abgeschlossen werden kann.

Abschnitt III

Rechte und Pflichten der Studierenden

§ 12

Teilnahme am Unterricht, sonstige Pflichten

(1) ¹Die Studierenden sind zur pünktlichen und regelmäßigen Teilnahme am Unterricht und an den sonstigen verbindlichen Veranstaltungen des Staatsinstituts verpflichtet. ²Die durch die Teilnahme an sonstigen verbindlichen Veranstaltungen des Staatsinstituts eventuell entstehenden Kosten müssen für alle Studierenden zumutbar sein.

(2) ¹Die Entscheidung über Durchführung und Verbindlichkeit sonstiger Veranstaltungen trifft die Leitung der Abteilung. ²Mehrtägige Studienfahrten bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums.

(3) Die Studierenden sind verpflichtet, die ihnen zur Ausbildung auferlegten Leistungen gewissenhaft zu erbringen und sich am Unterrichtsgeschehen aktiv zu beteiligen.

(4) Die Studierenden haben die Lernmittel, insbesondere eine Grundausrüstung mit den wichtigsten Arbeitsgeräten selbst zu beschaffen.

(5) Die Studierenden haben den Anordnungen der Leitung der Abteilung und der von ihr beauftragten Personen nachzukommen und sich in einer dem angestrebten Beruf der Förderlehrkraft angemessenen Weise zu verhalten.

(6) Die Leitung der Abteilung kann in dringenden Ausnahmefällen Studierende auf deren Antrag beurlauben.

(7) ¹Sind Studierende wegen Krankheit oder aus anderen zwingenden Gründen verhindert, den ihnen nach Abs. 1 obliegenden Verpflichtungen nachzu-

kommen, so sind die Verhinderungen und ihr Grund unverzüglich dem Staatsinstitut anzuzeigen. ²Dauert eine Erkrankung länger als drei Unterrichtstage, so kann das Staatsinstitut die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen. ³Häufen sich krankheitsbedingte Versäumnisse oder bestehen an der Erkrankung Zweifel, so kann das Staatsinstitut die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Zeugnisses verlangen. ⁴Wird das Zeugnis nicht vorgelegt, gilt das Fernbleiben als unentschuldigt.

§ 13

Studierendenvertretung (vgl. Art. 62 Abs. 1 BayEUG)

(1) ¹Zur Vertretung ihrer Interessen wählen die Studierenden eines jeden Jahrgangs zu Beginn des Studienjahres aus ihrer Mitte je eine Jahrgangssprecherin oder einen Jahrgangssprecher und je eine stellvertretende Jahrgangssprecherin oder einen stellvertretenden Jahrgangssprecher. ²Die Wahl wird von der Leitung der Abteilung oder einer von ihr beauftragten Person geleitet. ³Das Recht der einzelnen Studierenden, ihre Interessen selbst zu vertreten, bleibt hiervon unberührt.

(2) Die Jahrgangssprecherinnen und Jahrgangssprecher und deren Stellvertretungen wählen aus ihrer Mitte für die gesamte Abteilung eine Sprecherin oder einen Sprecher der Studierenden und eine weitere Person als Stellvertretung.

(3) Hinsichtlich der Aufgaben der Studierendenvertretung gilt Art. 62 Abs. 1 BayEUG entsprechend.

(4) Die Studierendenvertretung kann eine Verbindungslehrkraft wählen.

Abschnitt IV

Leitung der Abteilungen, Lehrerkonferenz

§ 14

Leitung der Abteilungen

¹Für jede Abteilung des Staatsinstituts ist eine hauptamtliche Lehrkraft mit der Leitung zu beauftragen (Leitung der Abteilung); für deren Aufgaben gelten Art. 57 Abs. 2 und 3 BayEUG entsprechend. ²Neben den sonst in dieser Verordnung zugewiesenen Aufgaben ist sie ferner zuständig für

1. die Durchführung des Eignungstests,
2. die Ausübung des Hausrechts,
3. alle Entscheidungen, für die keine andere Zuständigkeit besteht.

§ 15

Lehrerkonferenz (vgl. Art. 58 BayEUG)

(1) Bei jeder Abteilung besteht eine Lehrerkonferenz.

(2) Mitglieder der Lehrerkonferenz sind alle bei der Abteilung tätigen Lehrkräfte.

(3) ¹Die Lehrerkonferenz beschließt im Rahmen ihrer Aufgaben gemäß Art. 58 Abs. 3 und 4 BayEUG auch über

1. die Auswahl wichtiger Lehrmittel,
2. Veranstaltungen, die die gesamte Abteilung betreffen,
3. die Hausordnung,
4. die ihr vorbehaltenen Ordnungsmaßnahmen gegen Studierende,
5. Widersprüche gegen Verwaltungsakte der Abteilung.

²In den übrigen Angelegenheiten gefasste Beschlüsse sind Empfehlungen.

(4) ¹Die Sitzungen der Lehrerkonferenz sind nicht öffentlich. ²Sie sind außerhalb der regelmäßigen Unterrichtszeit durchzuführen. ³Der Termin ist so festzulegen, dass auch nebenamtlich tätige und unterhältig beschäftigte Lehrkräfte möglichst teilnehmen können. ⁴Die Lehrerkonferenz kann beschließen, dass bei der Beratung einzelner Tagesordnungspunkte Studierendenvertreter oder andere Personen Gelegenheit zur Äußerung erhalten.

(5) ¹Die Leitung der Abteilung beruft die Lehrerkonferenz bei Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Studienjahr ein. ²Die Lehrerkonferenz muss innerhalb von 14 Tagen einberufen werden, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder oder das Staatsministerium unter Angabe der zu beratenden Gegenstände dies verlangt. ³Das vorsitzende Mitglied hat Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzung den Mitgliedern mindestens eine Woche vor Beginn schriftlich bekannt zu geben. ⁴Die schriftliche Bekanntgabe kann durch Aushang in der in der Abteilung des Staatsinstituts üblichen Weise erfolgen. ⁵In dringenden Fällen ist das vorsitzende Mitglied an die Fristen nicht gebunden.

(6) ¹Die Mitglieder der Lehrerkonferenz sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. ²Lehrkräfte, die auch an Schulen unterrichten, sowie nebenamtlich tätige oder unterhältig beschäftigte Lehrkräfte sind hierzu nur in dem Umfang verpflichtet, in dem ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem von ihnen erteilten Unterricht besteht. ³Das vorsitzende Mitglied kann in Ausnahmefällen von der Teilnahme an einzelnen Sitzungen befreien.

(7) ¹Das vorsitzende Mitglied setzt die Tagesordnung fest. ²Jedes Mitglied kann die Behandlung zusätzlicher Tagesordnungspunkte beantragen. ³Widerspricht ein Drittel der Mitglieder der Behandlung eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes, so ist die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

(8) ¹Die Lehrerkonferenz ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der zur Teilnahme verpflichteten Mitglieder anwesend ist. ²Wird die Lehrerkonferenz zum zweiten Mal zur Behandlung desselben Gegenstands zusammengerufen, so ist sie insoweit ohne

Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. ³Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden. ⁴Im Entlassungs- und Ausschlussverfahren richtet sich die Beschlussfähigkeit nach Art. 87 Abs. 1 Satz 2 und Art. 88 Abs. 1 Satz 3 BayEUG.

(9) ¹Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Lehrerkonferenz. ²Mitglieder dürfen an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen, wenn der Beschluss ihnen selbst, ihren Ehegatten, Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. ³Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet die Lehrerkonferenz ohne Mitwirkung der Betroffenen.

(10) ¹Jedes anwesende stimmberechtigte Mitglied ist bei Abstimmungen zur Stimmabgabe verpflichtet. ²Dies gilt nicht für nach Abs. 9 Satz 2 von der Abstimmung ausgeschlossene Mitglieder der Lehrerkonferenz. ³Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst; im Entlassungs- und Ausschlussverfahren richtet sich die Beschlussfassung nach Art. 87 Abs. 1 Satz 1 und Art. 88 Abs. 1 Satz 2 BayEUG. ⁴Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag.

(11) ¹Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. ²Das vorsitzende Mitglied betraut ein anderes Mitglied mit der Schriftführung. ³Die Niederschrift muss Datum, Beginn und Ende der Sitzung, die Namen der Anwesenden, die behandelten Gegenstände und das Abstimmungsergebnis, bei wichtigen Entscheidungen ferner die maßgebenden Gründe enthalten. ⁴Die Niederschrift ist vom vorsitzenden Mitglied und vom mit der Schriftführung betrauten Mitglied zu unterzeichnen und zu Beginn der nächsten Sitzung zu genehmigen. ⁵Einsprüche gegen die Niederschrift sind zu vermerken. ⁶Die Mitglieder der Lehrerkonferenz haben das Recht, die Niederschrift einzusehen. ⁷Die Niederschrift ist zehn Jahre aufzubewahren.

(12) Die Leitung der Abteilung vollzieht die Beschlüsse der Lehrerkonferenz entsprechend Art. 58 Abs. 5 BayEUG.

Abschnitt V

Veranstaltungen und Tätigkeiten Dritter

§ 16

Veranstaltungen Dritter, kommerzielle und politische Werbung, Plakate

(1) ¹Veranstaltungen nicht zum Staatsinstitut gehöriger Personen im Staatsinstitut oder vom Staatsinstitut durchgeführte Besuche solcher Veranstaltungen bedürfen der Genehmigung der Leitung der Abteilung. ²Informationsbesuche nicht zum Staatsinstitut gehöriger Personen im Unterricht sind nicht zulässig; über Ausnahmen entscheidet die Leitung der Abteilung.

(2) ¹Sammlungen im Staatsinstitut für außerschulische Zwecke und die Aufforderung an Studierende, sich an Sammlungen in der Öffentlichkeit zu beteiligen, sind unzulässig; Ausnahmen kann die Leitung der Abteilung im Einvernehmen mit der Sprecherin oder dem Sprecher der Studierenden (§ 13 Abs. 2) zulassen. ²Spenden von Studierenden oder deren Eltern für schulische Zwecke dürfen vom Staatsinstitut oder dessen Lehrkräften nicht angeregt oder sonst beeinflusst werden. ³Wird durch erhebliche Zuwendungen Dritter das Staatsinstitut bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt oder die Herstellung oder Anschaffung für Erziehung und Unterricht förderlicher Gegenstände ermöglicht, so kann auf Antrag des Dritten hierauf in geeigneter Weise hingewiesen werden; unzulässig ist eine Produktwerbung für den Zuwendenden.

(3) Sammelbestellungen sind nur zulässig, wenn besondere Gründe zur Erfüllung des Ausbildungsauftrags des Staatsinstituts sie erfordern.

(4) ¹Der Aushang von Plakaten und die Verteilung sonstiger Druckschriften, die sich an die Studierenden wenden, können zugelassen werden, wenn sie auf Veranstaltungen hinweisen oder sich auf Gegenstände beziehen, die für Erziehung und Unterricht oder für die spätere berufliche Ausbildung und Tätigkeit von Bedeutung sind und keine kommerzielle oder politische Werbung enthalten. ²Die Entscheidung trifft die Leitung der Abteilung.

§ 17

Erhebungen

¹Erhebungen einschließlich Umfragen und wissenschaftlicher Untersuchungen sind nur nach Zustimmung des Staatsministeriums zulässig. ²Für die Erhebung und Verarbeitung von Daten gelten Art. 85 Abs. 1 und 2 BayEUG entsprechend.

Zweiter Teil

Abschlussprüfung am Staatsinstitut

§ 18

Prüfungszeit und Prüfungsort

¹Die Abschlussprüfung am Staatsinstitut findet jährlich einmal gegen Ende des Studienjahres statt. ²Die Abschlussprüfung wird bei der Abteilung abgelegt, bei der die Ausbildung durchlaufen wurde. ³Die Abschlussprüfung gilt zugleich als Einstellungsprüfung im Sinn des Art. 115 Abs. 1 BayBG.

§ 19

Aufgaben des Staatsministeriums

Dem Staatsministerium obliegt es,

1. die Termine der schriftlichen Prüfungen und die allgemeinen Termine für die mündlichen Prüfungen zu bestimmen, für ihre rechtzeitige Bekanntgabe zu sorgen und sie der Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses mitzuteilen,

2. die Aufgaben für die schriftlichen Prüfungsarbeiten zu bestimmen,
3. über die Zulassung von Hilfsmitteln zu entscheiden.

§ 20

Prüfungsausschuss für die Abschlussprüfung, Prüfungskommissionen

(1) Bei jeder Abteilung wird ein Prüfungsausschuss für die Abschlussprüfung gebildet.

(2) ¹Der Vorsitz des Prüfungsausschusses obliegt der Leitung der Abteilung; der stellvertretende Vorsitz obliegt der Stellvertretung der Leitung der Abteilung. ²Das Staatsministerium kann andere geeignete Personen mit dem Vorsitz oder dem stellvertretenden Vorsitz beauftragen. ³Dem Prüfungsausschuss gehören ferner alle mit mehr als der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit bei der Abteilung tätigen Lehrkräfte an sowie alle Lehrkräfte, die im Prüfungsjahr Unterricht in den Prüfungsfächern erteilt haben. ⁴Das vorsitzende Mitglied kann weitere Lehrkräfte mit Zustimmung des Staatsministeriums auch Lehrkräfte der anderen Abteilung des Staatsinstituts in den Prüfungsausschuss berufen. ⁵Das vorsitzende Mitglied entscheidet in sonstigen Angelegenheiten, die keinem anderen Prüfungsorgan zugewiesen sind. ⁶Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses hat außerdem die Termine für die mündlichen Prüfungen im Einzelnen zu bestimmen.

(3) Der Prüfungsausschuss

1. entscheidet über den Zeitplan der Prüfung,
2. entscheidet über die Prüfungsaufgaben mit den Bewertungskriterien, die Notenschlüssel und über die Zulassung von Hilfsmitteln,
3. bestimmt die Prüferinnen und Prüfer für die mündlichen Prüfungen,
4. entscheidet über die Folgen des Unterschleifs, des Rücktritts, der Verhinderung, des Versäumnisses und der nicht rechtzeitigen Ablieferung einer Prüfungsarbeit.

(4) ¹Bei Abstimmungen des Prüfungsausschusses entscheidet die einfache Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. ²Für die Frage der Stimmberechtigung findet § 15 Abs. 9 entsprechende Anwendung. ³Stimmenthaltung ist nicht zulässig. ⁴Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds.

(5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn das vorsitzende Mitglied oder die es vertretende Person und mehr als die Hälfte der übrigen Mitglieder anwesend sind.

(6) ¹Zur Durchführung der mündlichen Prüfungen werden bei jeder Abteilung des Staatsinstituts für die einzelnen Prüfungsfächer Prüfungskommissionen gebildet. ²Jede Prüfungskommission besteht aus einer Vertreterin oder einem Vertreter des zu prüfenden Fachs und einem Mitglied aus dem Kreis der in der Ausbildung Förderlehrkräfte Tätigen, anderer

geeigneter Schulleiterinnen oder Schulleiter oder Lehrkräften; ein Mitglied wird zum vorsitzenden Mitglied, das andere zum beisitzenden Mitglied bestellt. ³Abs. 4 und 5 gelten entsprechend.

(7) In Prüfungsangelegenheiten besteht die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit.

§ 21

Zulassung zur Prüfung

(1) ¹Über die Zulassung zur Abschlussprüfung entscheidet der Prüfungsausschuss; einer gesonderten Meldung bedarf es nicht. ²Der Zeitpunkt der Zulassungskonferenz ist den Studierenden mindestens eine Woche vorher in geeigneter Weise mitzuteilen.

(2) Die Zulassung zur Abschlussprüfung erhält, wer in höchstens einem Pflicht- oder Wahlpflichtfach die Jahresfortgangsnote „mangelhaft“ und in keinem Pflicht- oder Wahlpflichtfach die Jahresfortgangsnote „ungenügend“ erhalten hat.

(3) ¹Die Entscheidung über die Zulassung ist mitzuteilen. ²Werden Studierende nicht zugelassen, so ist ihnen dies baldmöglichst, spätestens eine Woche vor Prüfungsbeginn, schriftlich gegen Aushändigungs-nachweis und mit Begründung mitzuteilen.

§ 22

Prüfungsteile

(1) Die Abschlussprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

(2) ¹Die schriftliche Prüfung umfasst je eine Arbeit aus folgenden Prüfungsfächern:

1. Pädagogik,
2. Psychologie,
3. Schulpädagogik.

²Aus den genannten Prüfungsfächern ist bei einer Arbeitszeit von je 180 Minuten je eine Prüfungsaufgabe zu bearbeiten. ³Soweit das Staatsministerium für ein Prüfungsfach mehrere Aufgaben stellt, wählt jede Prüfungsteilnehmerin und jeder Prüfungsteilnehmer unter diesen aus. ⁴Im Übrigen gelten die §§ 17 und 19 bis 21 APO entsprechend; soweit danach ein Stichentscheid erforderlich wird, entscheidet das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses oder überträgt den Stichentscheid einer anderen Prüferin oder einem anderen Prüfer.

(3) ¹Prüfungsfächer der mündlichen Prüfung sind Fachdidaktik Deutsch, Fachdidaktik Mathematik und zwei weitere Pflichtfächer, die die Studierenden auswählen. ²Die Wahl der beiden Pflichtfächer haben die Studierenden dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses bis spätestens 1. Mai des letzten Ausbildungsjahres schriftlich mitzuteilen. ³Zu der

nach Abschluss der schriftlichen Arbeiten stattfindenden mündlichen Prüfung werden die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer eingeteilt. ⁴Sie sind jeweils einzeln zu prüfen. ⁵Dabei beträgt die Prüfungszeit 20 Minuten pro Prüfungsfach; geringfügige Abweichungen sind zulässig. ⁶In der mündlichen Prüfung sollen sich die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer nach Möglichkeit umfassend zu einem Prüfungsthema äußern. ⁷Die Mitglieder der Prüfungskommission können ergänzende Fragen stellen. ⁸Die Leistungen in der mündlichen Prüfung werden von beiden Mitgliedern der Prüfungskommission bewertet. ⁹Bei abweichender Bewertung müssen beide Mitglieder eine Einigung über die Benotung versuchen. ¹⁰Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet über die Bewertung das vorsitzende Mitglied. ¹¹Die Prüfungsnote ist der Prüfungsteilnehmerin oder dem Prüfungsteilnehmer im Anschluss an die Prüfung mündlich mitzuteilen.

§ 23

Festsetzung der Prüfungsergebnisse, Nichtbestehen der Prüfung, Abschlusszeugnis

(1) Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen gilt § 9 Abs. 4 Satz 2 entsprechend.

(2) ¹Bei der Berechnung der Gesamtprüfungsnote zählt die Bewertung der Leistungen in

Pädagogik

Psychologie

Schulpädagogik

je zweifach,

Fachdidaktik Deutsch

Fachdidaktik Mathematik

beiden gewählten Pflichtfächern

je einfach.

²Der Teiler für die Ermittlung der Gesamtprüfungsnote ist 10.

(3) ¹Bei der Bildung der durch das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses festzustellenden Gesamtprüfungsnote wird der Notendurchschnitt auf zwei Dezimalstellen errechnet. ²Die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt. ³Es wird die Gesamtprüfungsnote

„sehr gut“	bei einem Notendurchschnitt bis einschließlich 1,50,
„gut“	bei einem Notendurchschnitt von 1,51 bis einschließlich 2,50,
„befriedigend“	bei einem Notendurchschnitt von 2,51 bis einschließlich 3,50,
„ausreichend“	bei einem Notendurchschnitt von 3,51 bis einschließlich 4,50,
„mangelhaft“	bei einem Notendurchschnitt von 4,51 bis einschließlich 5,50,
„ungenügend“	bei einem Notendurchschnitt über 5,50

erteilt.

(4) Die Prüfung hat nicht bestanden, wer

1. die Gesamtprüfungsnote „mangelhaft“ oder schlechter oder
2. in zwei Prüfungsfächern die Noten „mangelhaft“ oder
3. in einem Prüfungsfach die Note „ungenügend“

erhalten hat.

(5) ¹Wer die Abschlussprüfung bestanden hat, erhält hierüber ein Zeugnis, das vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen ist. ²Dieses enthält

1. die Einzelnoten, den Notendurchschnitt und die Gesamtprüfungsnote in den Prüfungsfächern,
2. die im gleichen Studienjahr erzielten Jahresnoten in den Pflichtfächern und den Wahlpflichtfächern; die Teilnahme an Wahlfächern wird bestätigt, auf Antrag werden die in den Wahlfächern Deutsch, Sozialkunde und Englisch erzielten Jahresfortgangsnoten aufgenommen.

³Wer die Prüfung nicht bestanden hat, erhält hierüber eine Bescheinigung, aus der die Bewertung der Prüfungsleistungen hervorgeht. ⁴Auf Antrag wird in diesem Fall zusätzlich ein Zeugnis mit den Angaben nach Satz 2 Nr. 2 erteilt, das eine Bemerkung über die erfolglose Teilnahme an der Prüfung und einen Hinweis enthält, ob die Abschlussprüfung noch einmal oder nicht mehr wiederholt werden darf.

(6) ¹Wer an der Abschlussprüfung teilgenommen hat, kann nach Abschluss der Prüfungen Einsicht in seine bewerteten Prüfungsarbeiten einschließlich der Prüferbemerkungen verlangen. ²Der Antrag muss schriftlich und spätestens zwei Wochen nach Aushängung des Zeugnisses (vgl. Abs. 5 Satz 1) bzw. der Bescheinigung (vgl. Abs. 5 Sätze 3 und 4) bei der Leitung der Abteilung gestellt werden. ³Die Leitung der Abteilung bestimmt den Ablauf der Einsichtnahme, insbesondere Ort, Dauer und Zeitpunkt der Einsichtnahme.

§ 24

Fachgebundene Hochschulreife

(1) Die fachgebundene Hochschulreife für die in § 4 Nr. 4 der Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaates Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen (Qualifikationsverordnung – QualV) vom 2. November 2007 (GVBl S. 767, BayRS 2210-1-1-3-UK/WFK) in der jeweils geltenden Fassung genannten Studiengänge erwirbt, wer

1. die Abschlussprüfung mit einer Gesamtprüfungsnote von mindestens 2,50 ablegt und in den Jahresleistungen des gleichen Studienjahres in den allgemein bildenden Fächern Deutsch, Sozialkunde und Englisch jeweils mindestens die Note „befriedigend“ erhält oder
2. einen Notendurchschnitt von 2,50 erhält, der sich bei jeweils gleicher Gewichtung aus den Noten der

Fächer der Abschlussprüfung und den Jahresnoten des gleichen Studienjahres in den allgemein bildenden Fächern Deutsch, Sozialkunde und Englisch errechnet; dabei darf in keinem der genannten allgemein bildenden Fächer eine schlechtere Jahresnote als „befriedigend“ erzielt worden sein.

(2) Der Erwerb der fachgebundenen Hochschulreife wird durch eine Urkunde bestätigt, die vom Staatsministerium ausgestellt wird.

§ 25

Unterschleif

(1) ¹Bedient sich eine Prüfungsteilnehmerin oder ein Prüfungsteilnehmer bei der Prüfung unerlaubter Hilfe oder macht sie oder er den Versuch dazu, so wird die betreffende Arbeit mit Note 6 bewertet. ²Als Versuch gilt auch die Bereithaltung unerlaubter Hilfsmittel nach Beginn der Prüfung. ³Ebenso kann verfahren werden, wenn die Handlungen zu fremdem Vorteil unternommen werden. ⁴In schweren Fällen des Unterschleifs oder der Beihilfe hierzu wird die an der Prüfung teilnehmende Person von der Prüfung ausgeschlossen; diese gilt als nicht bestanden.

(2) ¹Wird ein Tatbestand nach Abs. 1 Satz 1 erst nach Abschluss der Prüfung bekannt, so ist die betreffende Prüfungsleistung nachträglich mit Note 6 zu bewerten und das Gesamtergebnis entsprechend zu berichtigen. ²In schweren Fällen ist die Prüfung als nicht bestanden zu erklären. ³Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen.

(3) Entscheidungen nach Abs. 1 und 2 sind schriftlich gegen Aushändigungs- bzw. Zustellungsnachweis mitzuteilen.

§ 26

Versäumnis, Rücktritt

(1) Versäumen Prüfungsteilnehmerinnen oder Prüfungsteilnehmer einzelne Prüfungsteile aus Gründen, die sie zu vertreten haben, so werden die in diesem Prüfungsteil zu erbringenden Prüfungsleistungen mit der Note 6 bewertet.

(2) ¹Versäumen Prüfungsteilnehmerinnen oder Prüfungsteilnehmer einzelne Prüfungsteile aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, so sind die versäumten Prüfungsteile zu einem späteren Zeitpunkt (Nachtermin) nachzuholen. ²Der Zeitpunkt wird vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses festgesetzt. ³Für diese Nachtermine sind neue Prüfungsaufgaben zu bestimmen.

(3) ¹Eine Prüfungsverhinderung ist unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen, im Fall einer Krankheit grundsätzlich durch ein amtsärztliches Zeugnis, das in der Regel nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf. ²Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses kann zulassen, dass die Krankheit durch das Zeugnis einer anderen Ärztin oder eines anderen Arztes nachgewiesen wird. ³In offensichtlichsten Fällen kann auf die Vorlage eines Zeugnisses verzichtet werden. ⁴Haben sich Studie-

rende der Prüfung oder einem Prüfungsteil unterzogen, so können nachträglich gesundheitliche Gründe nicht anerkannt werden, es sei denn, dass diese den Studierenden nicht erkennbar waren.

(4) ¹Bei einem Rücktritt nach Beginn der Prüfung gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden. ²Ist Prüfungsteilnehmerinnen oder Prüfungsteilnehmern aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, die volle Ablegung der Prüfung nicht zuzumuten, so kann der Prüfungsausschuss den Rücktritt mit der Wirkung genehmigen, dass die Prüfung als nicht abgelegt gilt.

§ 27

Wiederholung der Prüfung

(1) ¹Wer die Abschlussprüfung erstmalig nicht bestanden hat, kann – vorbehaltlich der Höchstausbildungsdauer – zu einer Wiederholungsprüfung nur im darauf folgenden Jahr und nur einmal zugelassen werden. ²Der Prüfungsausschuss kann bei amtsärztlich nachgewiesener Verhinderung durch Erkrankung und aus anderen zwingenden Gründen auf Antrag die Ablegung zu einem späteren Termin genehmigen. ³Für die Wiederholung ist nicht die erneute Teilnahme an dem zuletzt durchlaufenen Ausbildungsjahr erforderlich.

(2) ¹Die Prüfung kann zur Verbesserung des Ergebnisses im Rahmen der nächsten ordentlichen Prüfung freiwillig wiederholt werden. ²Abs. 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. ³Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer haben die Wahl, welches Prüfungsergebnis sie gelten lassen wollen. ⁴Wird das Ergebnis der Wiederholungsprüfung gewählt, so bleiben die Rechtsfolgen, die sich aus der erstmals abgelegten Prüfung ergeben, unberührt. ⁵Wurde binnen eines Monats nach Mitteilung des Ergebnisses der Wiederholungsprüfung keine Wahl getroffen, so gilt das bessere Prüfungsergebnis als gewählt. ⁶Ein Prüfungszeugnis über die wiederholte Prüfung ist nur auszuhändigen, wenn das bisher erteilte Zeugnis vorgelegt wird. ⁷Auf diesem wird vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses vermerkt, dass und zu welchem Termin die Prüfung wiederholt wurde.

(3) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung gemäß Abs. 1 ist binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen ab Aushändigung der Bescheinigung nach § 23 Abs. 5 Satz 3 einzureichen. ²Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung gemäß Abs. 2 ist bis spätestens 1. Mai, mit erneutem Besuch des Ausbildungsjahres bis spätestens 1. September des der nicht bestanden Prüfung folgenden Studienjahres bei der jeweiligen Abteilung des Staatsinstituts zu stellen. ³Ein Anspruch auf erneute Teilnahme an der Ausbildung besteht bei Wiederholung der Prüfung nach Abs. 1 oder 2 nicht.

§ 28

Niederschrift, Prüfungsliste, Bericht an das Staatsministerium

(1) Über die Aufgabenstellung und den Verlauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, in die die

wesentlichen Prüfungsvorgänge aufzunehmen sind und die über alle für die Beurteilung der Prüfungsleistungen wesentlichen Vorkommnisse Aufschluss geben muss.

(2) ¹In der Niederschrift über die schriftliche Prüfung ist insbesondere die Zahl der vorgeladenen und erschienenen Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer sowie die Unversehrtheit der Umschläge der Prüfungsaufgaben festzustellen; ferner ist zu vermerken, ob die Aufgaben ordnungsgemäß unter Aufsicht und unter Einhaltung der festgesetzten Arbeitszeiten gelöst wurden. ²Der Niederschrift über die schriftliche Prüfung ist ein Verzeichnis der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer beizugeben, in dem die täglich ausgelosten Arbeitsplatznummern eingetragen sind.

(3) ¹Über den Prüfungsverlauf und das Prüfungsergebnis der mündlichen Prüfung fertigt das beisitzende Mitglied der Prüfungskommission die Niederschrift. ²Diese enthält insbesondere den wesentlichen Inhalt der gestellten Fragen, Feststellungen über Aufbau, Inhalt, Klarheit und Selbstständigkeit der Ausführungen der Prüfungsteilnehmerin oder des Prüfungsteilnehmers sowie die erteilte Note und die Unterschriften der Mitglieder der Prüfungskommission.

(4) Die Ergebnisse der Prüfung werden in eine Prüfungsliste eingetragen.

(5) Niederschriften und Prüfungsliste sind dem Staatsministerium vorzulegen.

Dritter Teil

Ordnungsmaßnahmen, Rechtsschutz, Ausnahmefälle, Schlussbestimmungen

§ 29

Ordnungsmaßnahmen

(vgl. Art. 86 Abs. 1, 3, 6 bis 9,
Art. 87 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 3 und 4 und
Art. 88 Abs. 1 Sätze 1 bis 3, Abs. 2 und 3 BayEUG)

(1) Bei Verstößen gegen die in § 12 festgelegten Pflichten können folgende Ordnungsmaßnahmen getroffen werden:

1. schriftlicher Verweis durch die Lehrkraft,
2. verschärfter Verweis durch die Leitung der Abteilung,
3. Ausschluss vom Unterricht bis zu zwei Unterrichtswochen durch die Lehrerkonferenz,
4. Androhung der Entlassung aus der Abteilung des Staatsinstituts durch die Lehrerkonferenz,
5. Entlassung aus der Abteilung des Staatsinstituts durch die Lehrerkonferenz,
6. Ausschluss von beiden Abteilungen des Staatsinstituts durch das Staatsministerium.

(2) ¹Die Androhung der Entlassung und die Entlassung können nur ausgesprochen werden, wenn die Studierenden durch schweres oder wiederholtes Fehlverhalten die Erfüllung der Aufgaben des Staatsinstituts oder die Rechte anderer gefährdet haben. ²Ein Verstoß gilt als wiederholt, wenn mindestens ein Verweis vorausgegangen ist.

(3) ¹Die Entlassung von Studierenden kann die Lehrerkonferenz nur mit mindestens zwei Dritteln der Stimmen ihrer anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschließen. ²Die Lehrerkonferenz ist hierfür beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

(4) ¹Sind bei einer Entlassung besonders schwerwiegende Tatumstände im Sinn des Art. 88 Abs. 1 Satz 1 oder Art. 88 Abs. 2 BayEUG gegeben, so hat die Lehrerkonferenz unmittelbar nach dem Beschluss über die Entlassung gesondert zu beschließen, ob beim Staatsministerium Antrag auf Ausschluss des Studierenden von beiden Abteilungen des Staatsinstituts gestellt werden soll (Art. 88 Abs. 1 Satz 1 BayEUG). ²Abs. 3 gilt entsprechend.

(5) Alle Ordnungsmaßnahmen sind schriftlich zu treffen.

(6) Vor der Verhängung einer Ordnungsmaßnahme ist den Studierenden, bei Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nrn. 3 bis 6 außerdem den Erziehungsberechtigten minderjähriger Studierender, Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§ 30

Rechtsschutz der Studierenden und der Erziehungsberechtigten

¹Meinungsverschiedenheiten zwischen Studierenden bzw. deren Erziehungsberechtigten und Lehrkräften sollen in der jeweiligen Abteilung des Staatsinstituts im Weg einer Aussprache beigelegt werden. ²Im Übrigen kann bei der jeweiligen Abteilung des Staatsinstituts Aufsichtsbeschwerde eingelegt werden. ³Die Abteilung legt die Beschwerde, sofern sie ihr nicht abhilft, einschließlich einer Stellungnahme dem Staatsministerium zur Entscheidung vor.

§ 31

Ausnahmefälle

Das Staatsministerium kann von einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung Ausnahmen gewähren, wenn die Anwendung der Bestimmung im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und die Abweichung auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung unbedenklich erscheint.

§ 32

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 2008 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Juli 2008 treten außer Kraft:

1. die Studienordnung des Staatsinstituts für die Ausbildung von Förderlehrern vom 30. Dezember 1981 (BayRS 2038-3-4-9-5-UK), zuletzt geändert durch § 5 der Verordnung vom 22. August 1995 (GVBl S. 661, ber. 1996 S. 50),
 2. die Ordnung der Ersten Prüfung der Förderlehrer (Förderlehrerprüfungsordnung I – FölPO I) vom 28. Mai 1974 (BayRS 2038-3-4-9-1-UK), zuletzt geändert durch § 1 der Verordnung vom 22. August 1995 (GVBl S. 661, ber. 1996 S. 50).
- (3) Für Studierende, die ihre Ausbildung vor dem 1. August 2008 begonnen und ohne Unterbrechung fortgesetzt haben, kommen die bisher geltenden Vorschriften bis zum Abschluss der Ausbildung zur Anwendung.

München, den 24. Juni 2008

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

KWMBI 2008 S. 183

2210-2-19-UK

Druckfehlerberichtigung (GVBl S. 342)

In der durch § 1 Nr. 1 der Verordnung zur Änderung der Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Universität Bayreuth vom 28. Mai 2008 (GVBl S. 334) neugefassten Nr. 2 ist der Punkt nach dem Wort „muss“ durch ein Komma zu ersetzen.

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2235.1.1.1-UK

Hilfsmittel bei der Anfertigung von schriftlichen Leistungsnachweisen an bayerischen Gymnasien

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 10. Juni 2008 Az.: VI.9-5 S 5500-6.6 775

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus legt fest, dass bei der Anfertigung von schriftlichen Leistungsnachweisen an Gymnasien folgende Hilfsmittel verwendet werden dürfen:

1. Hilfsmittel bei großen schriftlichen Leistungsnachweisen (ohne Abiturprüfung)

Bei der Anfertigung von großen schriftlichen Leistungsnachweisen (ohne Abiturprüfung) sind folgende Hilfsmittel zugelassen:

- 1.1 ab Jahrgangsstufe 8 (im Fach Natur und Technik – Schwerpunkt Physik ab Jahrgangsstufe 7) ein netzunabhängiger elektronischer Taschenrechner; dabei wird als Mindestausstattung für die zur Verwendung kommenden Rechner gefordert:

- achtstellige Anzeige
- Exponentendarstellung
- vier Grundrechenarten
- Vorzeichenwechsel, Kehrwert
- Quadrat und Quadratwurzel
- saldierender Speicher
- ein weiterer Speicher oder eine Klammerebene
- Konstante π
- konstanter Faktor bzw. Divisor
- trigonometrische Funktionen (sin, cos, tan) einschließlich deren Umkehrfunktionen
- Umschalter Grad-Bogen
- Potenzfunktion
- Exponential- und Logarithmusfunktion.

Programmierbare Taschenrechner sind nicht zugelassen; Einschränkungen hinsichtlich der Funktionalitäten des Taschenrechners werden durch KMS geregelt;

- 1.2 in Deutsch ab Jahrgangsstufe 9 ein Rechtschreibwörterbuch, das nach Erklärung des Verlags die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung vollständig umsetzt;
- 1.3 in Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch ab Jahrgangsstufe 11 (neunjähriges Gymnasium) bei den Aufgabenstellungen Textaufgabe und Version ein einsprachiges Wörterbuch, ab Jahrgangsstufe 10 (achtjähriges

Gymnasium) bei allen Aufgabenstellungen ein ein- und zweisprachiges Wörterbuch;

- 1.4 in Griechisch und Latein ab Jahrgangsstufe 10 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 11 (neunjähriges Gymnasium) ein vom Staatsministerium genehmigtes zweisprachiges Wörterbuch;

- 1.5 in Geschichte und Geographie ab Jahrgangsstufe 11 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 12 (neunjähriges Gymnasium) die vom Staatsministerium genehmigten Atlanten;

- 1.6 in Sozialkunde ab Jahrgangsstufe 11 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 12 (neunjähriges Gymnasium) eine Textausgabe des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung ohne Kommentar;

- 1.7 in Wirtschaft und Recht ab Jahrgangsstufe 11 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 12 (neunjähriges Gymnasium) unkommentierte Textausgaben des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Strafgesetzbuches, des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung; im Leistungskurs unkommentierte Textausgaben auch des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes mit Nebengesetzen;

- 1.8 in Religionslehre die Bibel;

- 1.9 in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern ab Jahrgangsstufe 10 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 11 (neunjähriges Gymnasium) stochastische Tabellen und die vom Staatsministerium genehmigten Formelsammlungen bzw. Merkhilfen; in Chemie zusätzlich ab Jahrgangsstufe 8 (achtjähriges Gymnasium), ab Jahrgangsstufe 9 (neunjähriges Gymnasium) das Periodensystem der Elemente.

2. Hilfsmittel bei kleinen schriftlichen Leistungsnachweisen

Nr. 1.1 und Nr. 1.9 gelten auch für schriftliche Leistungsnachweise, die keine großen Leistungsnachweise sind.

3. Hilfsmittel bei der schriftlichen Abiturprüfung

Die für die Jahrgangsstufen 11 und 12 (achtjähriges Gymnasium) bzw. 12 und 13 (neunjähriges Gymnasium) unter Nr. 1 zugelassenen Hilfsmittel sind auch als Hilfsmittel für die Bearbeitung der Aufgaben der schriftlichen Abiturprüfung zugelassen. Die Formelsammlungen in Mathematik, Physik und Chemie müssen für die Verwendung in der Abiturprüfung eigens genehmigt sein.

4. Hervorhebungen und Verweisungen

Die Hilfsmittel dürfen Hervorhebungen, jedoch keine Kommentare enthalten. Verweisungen sind – außer bei Formelsammlungen – gestattet.

5. Ausschluss von Hilfsmitteln

Die Benutzung der Hilfsmittel kann in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern bis einschließlich zur Jahrgangsstufe 10 (des achtjährigen Gymnasiums) und 11 (des neunjährigen Gymnasiums) ausgeschlossen werden, wenn es die Lehrkraft zu einer sachgemäßen Prüfung des Lehrstoffs für erforderlich hält. Im achtjährigen Gymnasium kann in den modernen Fremdsprachen die Benutzung der Hilfsmittel in den Leistungserhebungen vor der Abiturprüfung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.

6. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2008 in Kraft. Gleichzeitig wird die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 31. Mai 2007 (KWMBI I S. 210), geändert durch Bekanntmachung vom 19. September 2007 (KWMBI I S. 388), aufgehoben.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI 2008 S. 194

2126.1-UK

Landesprogramm für die gute gesunde Schule Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 23. Juni 2008 Az.: VI.8-5 S 4363-6.62 376

1. Ausgangslage

Aktuelle Ergebnisse von Untersuchungen bei **Kindern und Jugendlichen** zeigen eine Zunahme von Übergewicht und Adipositas, damit verbundenen Folgeerkrankungen wie Diabetes und Bluthochdruck, Störungen der Motorik und des Skelettsystems und nicht zuletzt die Zunahme von psychischen Erkrankungen schon im frühen Alter. Eine besondere Risikogruppe bilden Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien, aus bildungsfernen Schichten und jene, die in Armut aufwachsen.

Auch bezüglich der Lehrer¹⁾ mehren sich die Befunde, dass der Beruf auf Dauer zu erheblichen Beeinträchtigungen der Gesundheit und Leistungsfähigkeit führen kann. So wurden beispielsweise nach dem Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung im Jahr 2002 allein 41 Prozent aller in den Ruhestand versetzter Lehrer aufgrund einer krankheitsbedingten Dienstunfähigkeit frühzeitig pensioniert. Bei mehr als der Hälfte von ihnen (56 Prozent) waren psychische und psychosomatische Erkrankungen der Grund. Solche Erkenntnisse sind deshalb alarmierend, weil die betroffenen Lehrer nicht nur an Lebensqualität einbüßten, sondern oft auch nicht mehr in der Lage sind, ihren beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Dies hat zunächst negative Folgen für die Schüler, letztlich jedoch für die gesamte Gesellschaft: Eine Wissensgesellschaft, deren wesentliches Gut die Innovationskraft ihrer Bürger ist, benötigt leistungsfähige Schulen. Sie wiederum sind ohne gesunde, leistungsstarke und gut ausgebildete Lehrkräfte nicht denkbar. Insofern ist die Sorge um gesunde Bedingungen für eine gute Schule eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Gesundheitserziehung ist keine neue Aufgabe der Schule. Gemäß Art. 1 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes sollen die Schulen „Wissen und Können vermitteln sowie Geist und Körper, Herz und Charakter bilden“. So werden jetzt schon an jeder Schule Projekte zu Gesundheitsthemen durchgeführt, allerdings ohne hinreichende Wirkung. Die einzelnen Maßnahmen stehen häufig ohne inhaltlichen Zusammenhang nebeneinander und werden auch nicht von der Mehrheit der Beteiligten einer Schule getragen. Sie sehen zurecht die **Kernaufgabe von Schule** in einer wirksamen Erziehung und nachhaltigen Bildung und weniger in der Förderung von Gesundheit. Für die Bildungsqualität und das Gelingen von Schule sind aber Gesundheit und Wohlbefinden – und zwar bei Schülern wie bei Lehrern – wesentliche Bedingung.

Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern hat das Staatsministerium deshalb in den vergangenen Jahren Modellversuche durchgeführt (Anschub.de und speziell zur Lehrergesundheit), um neue Ansätze für die Gesundheitsförderung in der Schule zu erproben. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind in das nachfolgend beschriebene Konzept (Kapitel 2) eingeflossen. Es basiert auf den gesammelten Erfahrungen mit schulischer Gesundheitsförderung im In- und Ausland und wurde u. a. von Professor Paulus, dem wissenschaftlichen Leiter von Anschub.de (www.anschub.de), zur Verwirklichung guter gesunder Schulen entworfen.

Das Konzept der „guten gesunden Schule“ wird allen bayerischen Schulen zur Umsetzung empfohlen. Über Ausmaß und Geschwindigkeit, mit der dies erfolgt, entscheidet die Schule selbst. (In Kapitel 3 werden die Hilfen beschrieben, die Schulen dabei erfahren.)

¹⁾ Bei allen Personen- und Funktionsbezeichnungen in der männlichen Sprachform sind stets auch die weiblichen gemeint.

2. Ein umfassender Ansatz: Die gute gesunde Schule

Von der bisher üblichen Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung an Schulen unterscheidet sich der neue Ansatz für eine gute gesunde Schule (ggS) v. a. durch

- veränderte Perspektiven und Ziele
- eine systematische Vorgehensweise
- umfassende Beteiligung.

Perspektiven und Ziele

Bisher war Gesundheitsförderung ein Thema unter vielen in der Schule, dem man durch Maßnahmen zur Verwirklichung von **Gesundheitszielen** gerecht zu werden versuchte. Schule stand dabei gewissermaßen im Dienst der Gesundheit.

Eine gute gesunde Schule ist hingegen eine Schule, die Gesundheitsinterventionen durchführt, um ihre Bildungsqualität insgesamt zu verbessern. Gleichzeitig verwirklicht sie auch die spezifischen Ziele der Gesundheitsbildung, die zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule gehören. Sie stellt damit konsequent **Gesundheit in den Dienst des Bildungs- und Erziehungsauftrags** der Schule.

Was dies bedeutet, ergibt sich aus der Gesundheitsdefinition der Weltgesundheitsorganisation (WHO 1948):

*„Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen **Wohlbefindens** und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen.“*

Nach der weiterentwickelten modernen Fassung ist Gesundheit die physische, psychische, soziale, ökologische und spirituelle Balance des Wohlbefindens.

Eine gute Schule gelingt nur, wenn sie das Wohlbefinden aller Beteiligten in der Schule berücksichtigt. Dazu gehört, dass sich Schüler, aber auch Lehrkräfte und nicht unterrichtendes Personal mit den schulischen Anforderungen auseinandersetzen. Denn Wohlbefinden resultiert auch aus der Eigenaktivität der Beteiligten, beispielsweise indem sie in der Schule ihre eigenen Anliegen, Wünsche und Hoffnungen äußern und erfüllen. Beides, die produktive Anpassung und die Selbstverwirklichung, gehören zum Erleben des Wohlbefindens dazu.

Gerät dieses Gleichgewicht in die Schieflage, folgen Missbefinden und Krankheit. Das zeigt sich in subjektiven und objektiven Aspekten, beispielsweise in den Ergebnissen der schulärztlichen Untersuchungen. Ob ein Mensch die Balance erreicht, hängt davon ab, welche Ressourcen beziehungsweise Risikofaktoren er in die jeweilige Situation mitbringt und welche sozio-kulturelle, ökonomische und physisch-technische Umwelt vorhanden ist. Auf die Schule bezogen meint Letzteres die Gebäude mit ihren architektonischen und bautechnischen Gegebenheiten sowie die Grün- und Freiflächen mit ihren Potenzialen für ein gesundes oder auch krank ma-

chendes Schulleben. Zur soziokulturellen Umwelt gehören die am Schulleben vorübergehend oder dauerhaft beteiligten Personen(gruppen) sowie die Normen, Werte, Stundenpläne, Arbeitszeitregelungen und alles andere, was das Zusammenleben und -arbeiten in der Schule auch in gesundheitlicher Hinsicht mit beeinflusst.

Ein zentrales Merkmal der ggS ist in diesem Zusammenhang die Ausrichtung auf die Salutogenese (im Sinne von Aaron Antonovsky). Salutogenese zeichnet sich dadurch aus, dass sie Menschen in der Schule stärkt und unterstützt, so dass diese Zutrauen zu sich selbst entwickeln und erhalten (Gefühl der Machbarkeit), dass ihr Handeln ihnen (wieder) sinn- und wertvoll erscheint (Gefühl der Sinnhaftigkeit), dass ihr Leben und das, was sich darum herum abspielt, (wieder) begreifbar wird (Gefühl der Verstehbarkeit).

Definition der guten gesunden Schule:

„Eine gute gesunde Schule verstehtigt sich über ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag, setzt ihn erfolgreich um und leistet damit einen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.“

Sie weist gute Qualitäten in ihren pädagogischen Wirkungen und ihrem Bildungs- und Erziehungserfolg, der Qualität von Schule und Unterricht sowie der Gesundheitsbildung und -erziehung von Schülerinnen und Schülern aus.

Sie sorgt für die stetige und nachhaltige Verbesserung dieser Bereiche durch die konsequente Anwendung von Erkenntnissen der Gesundheits- und Bildungswissenschaften.“

Zur guten gesunden Schule gehören Gesundheitsinterventionen im Unterricht, im Management und im Bereich des Schulklimas und der Schulkultur. Damit erreichen Schulen insgesamt bessere Bildungs- und Erziehungserfolge und mindern so unter anderem die Auswirkungen sozialer Bildungsbenachteiligungen. Ist Schule nach Gesundheitsgesichtspunkten gestaltet, hat das einen spürbaren Effekt auf ihre Bildungs- und Erziehungserfolge. Ihre baulichen, aber auch ihre Organisations- und Kommunikationsstrukturen und -abläufe sind dafür verantwortlich. Studien zeigen, dass Kinder, die gerne in die Schule gehen und sich dort wohlfühlen, besser lernen. Sie haben günstigere Voraussetzungen im Hinblick auf ihre Schulleistungen und -erfolge. Positives Wohlbefinden in der Schule fördert also die Leistungsmotivation und mindert störendes Verhalten.

Die gute gesunde Schule zeigt also, wie Interventionen im Bereich der Gesundheitsbildung und -erziehung nachhaltig das Gesundheitsverhalten und -erleben der Schüler verbessern. Wissen sie mehr über Gesundheit in den wichtigen Themenfeldern „Ernährung“, „Bewegung“ sowie „Stress/psychische Gesundheit“ und wenden es an, stärkt das ihre Kompetenz. Sie handeln eigenverantwortlich im Sinne der persönlichen Gesunderhaltung und der ihrer Mitmenschen. Damit trägt die gute gesunde Schule auch zu den allgemeinen Erziehungszielen der Schule bei. Indem die gute gesunde Schule Bildungs- und Er-

ziehungsprozesse fördert, leistet sie auch indirekt einen Beitrag zur Gesundheit. Wie internationale Studien zeigen, ist Bildung einer der wichtigsten sozialen Faktoren der Gesundheit, da sie auf die Einstellungen zur Gesundheit und auf das Gesundheitsverhalten wirkt.

Vorgehensweise

Der Weg zur ggS ist ein Schulentwicklungsprozess zur Verbesserung der Bildungs- und Erziehungsqualität. Dazu wird zunächst mithilfe der Evaluations-Fragebögen der Qualitätsagentur des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (www.isb.bayern.de/Qualitätsagentur) von der Schule selbst eine Ist-Analyse durchgeführt. Auf dieser Basis kann jede Schule systematisch und zielgerichtet ihre Entwicklungsvorhaben auswählen, deren Umsetzung planen und nach angemessener Zeit überprüfen. Die Fragebögen erlauben es, die Sichtweisen verschiedener schulischer Akteure (Schüler, Eltern, Lehrer) auf die zentralen schulischen Prozesse wie Unterricht, Schulklima, Qualifikation, Kommunikation und Information, Führung und Management, Leistungsbewertungen und anderes zu erfassen.

Die systematische Herangehensweise mit klarer, begründeter Schwerpunktsetzung sowie überschaubarer Zeitplanung trägt zur Konzentration der Kräfte bei und bringt damit höhere Wirksamkeit, aber auch Entlastung.

Gesundheitsbezogene Maßnahmen, die als Antwort auf erkannte Defizite zur Unterstützung des Bildungs- und Erziehungserfolgs eingesetzt werden können, sind

im Bereich „Lernen und Lehren“ zum Beispiel

- veränderte Pausenregelungen und Stundenverteilungspläne
- Lernen und Lehren mit allen Sinnen
- bewegte Lernformen
- Ritualisierung musischer Elemente im Unterricht
- begrünte Klassenzimmer
- Raumakustik

im Bereich „Führung und Management“ zum Beispiel

- Führung in Kohärenz
- gesundheitsgerechtes Gebäudemanagement
- gesundheitsgerechte Gestaltung des Schulhofes
- gesunde Schulverpflegung
- Teamentwicklung im Kollegium
- personenzentrierte Gesprächsführung
- Stressmanagement und Arbeitsoptimierung für Lehrkräfte
- Supervision für Lehrkräfte

im Bereich „Schulklima und Schulkultur“ zum Beispiel

- Beachtung der Selbstwirksamkeitserfahrungen der Schüler
- Förderung ihres Selbstwertgefühls

- Gestaltung der Schule als Lebensraum
- Förderung der Kommunikation und des sozialen Lernens
- Einrichtung einer Eltern-Steuergruppe
- Förderung der Schülerbeteiligung

Eine gute gesunde Schule verbessert aber nicht nur allgemein ihre Leistungsfähigkeit, sie fördert auch gezielt die Gesundheitskompetenzen der Schüler. Dies geschieht auf der Ebene des Unterrichts, wird aber auch durch die Organisation der Schule insgesamt unterstützt. Gute Gesundheitsbildung in der Schule greift damit weit über die eigentlichen Gesundheitsthemen hinaus. Schüler lernen verantwortungsbewusst mit sich und anderen umzugehen. Darüber hinaus erwerben sie ein tiefes Verständnis von gesundheitsbezogenen psychologischen, medizinischen, sozialen und ökologischen Zusammenhängen. Damit leistet die Gesundheitsbildung einen wesentlichen Beitrag zum allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule und z.B. zugleich für die Gewaltprävention.

In den Schulen gibt es bereits eine Vielzahl themenspezifischer Programme und Einzelmaßnahmen zur Bearbeitung konkreter Gesundheitsthemen. Sofern sie auf gesundheitswissenschaftlichen sowie gesundheitspsychologischen und -pädagogischen Erkenntnissen beruhen und evaluiert sind, können sie selbstverständlich als Bausteine auch in der ggS eingesetzt werden. So gibt es beispielsweise beim

Themenfeld	folgende bewährte Programme
Bewegung	Bewegte Schule Voll in Form Gut drauf Fit sein macht Schule
Ernährung	Voll in Form Gut drauf PowerKids
Sucht-, Gewaltprävention	Klasse 2000 Lions Quest – Erwachsene werden Prävention im Team (PIT) Allgemeine Lebensfertigkeiten und -kompetenzen (ALF) Mit mir nicht! Faustlos Willst Du auch keine?
Psychische Gesundheit	Mind Matters Relax Kids

Umfassende Beteiligung (Partizipation)

Auf der Basis ihrer Selbstevaluation entscheidet die ggS selbst, welche gesundheitlichen Probleme sie aufgreift und bearbeitet. Dabei bindet sie im idealen Fall alle Personengruppen der Schule (Schüler, Lehrkräfte, Eltern, nichtunterrichtendes

Personal) mit ihren Wünschen und Erwartungen ein. Während die Mitwirkung von Eltern zunehmend akzeptiert wird, werden Schüler nur selten nach ihren Bedürfnissen gefragt und ihre Lust an der Gestaltung von Schule wird unterschätzt. Dabei ist beispielsweise die Akzeptanz einer gesunden Pausenverpflegung nur zu erreichen, wenn die Schüler von Anfang an in die Planungen einbezogen werden.

Vernetzung

Die ggS benötigt nicht nur intern ein aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken aller Beteiligten. Vielfach ist auch die Öffnung von Schule für die Unterstützung durch außerschulische Partner sinnvoll und notwendig. Ein Netzwerk außerschulischer Kooperationspartner (siehe unter „Kooperationspartner der ggS Bayern“) und weiteren Akteuren bzw. Experten schafft Synergien, die oftmals zu größeren Erfolgen führen als eine Vielzahl einzelner Aktionen. Langfristig könnten Schulen Elemente einer kommunalen Gesundheitsregion werden, die sich auch ganz selbstverständlich mit anderen Schulen regelmäßig austauschen und mit ihnen zusammenarbeiten.

3. Programm zur Förderung guter gesunder Schulen

Mit dem Schuljahr 2008/2009 startet die Staatsregierung ein Programm zur Förderung der guten gesunden Schule in Bayern. Gleichzeitig werden die Angebote zur Verbesserung der Lehrergesundheit intensiviert und verstetigt.

Dazu sind folgende Hilfen und Strukturen vorgesehen.

Landeskoordinator und lokale Koordinatoren

- Es wird ein Landeskoordinator ggS mit folgenden Aufgaben bestellt:
 - Informationsveranstaltungen für Schulen und Schulaufsicht
 - Einführung der lokalen Koordinatoren in ihr Arbeitsfeld sowie deren Beratung und Betreuung; regelmäßige Treffen zu Erfahrungsaustausch und Fortbildung
 - Aufbau regionaler Vernetzungsstrukturen (Regierung, Ministerialbeauftragte, Schulberatung u. a.)
 - Verknüpfung mit anderen Programmen (z. B. Gut drauf, Lehrergesundheit)
 - Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der ggS
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Projektstrukturplanung
 - Abstimmung mit Qualitätsagentur des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung
 - Abstimmung mit Staatlicher Lehrerfortbildung, v. a. Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung
 - Abstimmung mit Staatsministerium für Unterricht und Kultus
 - Organisatorische und inhaltliche Vorbereitung der Landessteuerung Bayern in Abstimmung mit Staatsministerium und Kooperationspartnern

- Berichtspflicht (in Zusammenarbeit mit lokalen Koordinatoren)
- Insgesamt sechs lokale Koordinatoren stehen den ausgewählten Programmschulen zur Verfügung. Zu ihren Aufgaben gehört
 - Beratung und Betreuung der Schulen
 - Abstimmung mit Qualitätsagentur des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung
 - Vernetzung der Schulen untereinander und mit Schulamts, mit den Kooperationspartnern, öffentlichem Gesundheitsdienst und weiteren lokalen Akteuren
 - Zeitplan für Schulen, Abstimmung mit Gesamtstrukturplanung
 - Qualifizierung in Gesundheitsfragen und Schulentwicklung, regelmäßiger Erfahrungsaustausch der Koordinatoren und eigene Fortbildung
 - Organisation von Fortbildungen
 - Unterstützung der Schulen bei der Öffentlichkeitsarbeit

Kooperationspartner der ggS Bayern

Es gibt auf Landesebene und regional verschiedene Kooperationspartner der ggS Bayern, die die Schulen materiell oder personell unterstützen.

Die wichtigsten sind

- Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
- AOK Bayern – Die Gesundheitskasse
- BARMER Ersatzkasse
- Bayerischer Gemeindeunfallversicherungsverband
- Unfallkasse München
- Bertelsmann Stiftung

Materialien

Es gibt sowohl zum Konzept der guten gesunden Schule als auch zu einzelnen Gesundheitsthemen erprobte Module (Handreichungen), die den Programmschulen nach ihrem Bedarf kostenfrei zur Verfügung gestellt werden (Liste siehe www.gesundheit-und-schule.info).

Auch Schulen, die ohne personelle Unterstützung in den Prozess einsteigen, können Materialien erhalten.

Lokale Netzwerke

Mithilfe der Koordinatoren bauen die Schulen im Lauf der Zeit ein lokales, kommunal eingebettetes Netzwerk auf, dem neben anderen Programmschulen und den Kooperationspartnern der ggS Schulamts bzw. Schulaufsicht, Gesundheitsamt, Landratsamt, Kommune, Unternehmen und Betriebe, Kliniken, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Einrichtungen der Gesundheits- und Jugendhilfe, Wohlfahrtsverbände, Suchtberatung und Sportvereine angehören können. Zielsetzung ist, dass diese lokalen Netzwerke „ihre“ Schulen bei deren Entwicklung zur ggS unterstützen.

Staatliche Lehrerfortbildung

In Absprache mit dem Landeskoordinator bietet die Staatliche Lehrerfortbildung im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Programmschulen regelmäßig Themen der Schulentwicklung und Gesundheit an und unterstützt dadurch deren Entwicklung zur ggS.

Internetseite für die gute gesunde Schule

Im Gesundheitsportal des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung www.gesundheit-und-schule.info werden auf ganz Bayern ausgerichtete Grundinformationen zu Gesundheitsthemen, Praxisbeispiele, Referentenvorschläge etc. eingestellt. Über einen Link zur Fortbildungsdatenbank FIBS (www.fortbildung.schule.bayern.de) gelangt man beispielsweise unter dem Stichwort „Lehrergesundheit“ zum entsprechenden Fortbildungsangebot. Weitere Links führen jeweils auf lokale Seiten der einzelnen ggS-Regionen mit ihren örtlichen Angeboten, Adressen, Terminen, Tipps etc.

Unterstützung für Lehrer – Lehrergesundheit

- a) Viele Elemente einer ggS wirken nicht nur positiv auf Schüler, sondern auch **präventiv** im Sinne der Gesunderhaltung der Lehrer. Einige Beispiele:
- Schüler, die sich regelmäßig bewegen dürfen, können leichter still sitzen und konzentrierter mitarbeiten. Dies vermindert Störungen und erleichtert das Unterrichten.
 - Ein freundlich gestaltetes „Grünes Klassenzimmer“ reduziert Lärm, weist verbesserte akustische Verhältnisse auf und wirkt aufgrund des Erscheinungsbildes einladend, so dass sich Schüler wie Lehrer hier wohlfühlen – was das Unterrichten erleichtert.
 - Eine vertrauensvolle Kommunikation mit den Eltern kann die Arbeitshaltung der Schüler verbessern und mindert die Wahrscheinlichkeit kraftraubender Konflikte. Damit werden weitere Ressourcen für die Schule freigesetzt.

Daher dienen Fortbildungsangebote etwa zu Kommunikation, Elternarbeit oder auch Unterrichtsentwicklung, wie sie typisch sind für die ggS, auch der Lehrergesundheit. Ergänzend müssen natürlich Themen wie Stressabbau, Entspannungsmethoden, Arbeitsorganisation oder kollegiale Hospitation und Fallberatung hinzukommen.

Durch die vorgesehene enge Abstimmung zwischen dem Landeskoordinator der ggS und der Fortbildungsplanung für Lehrergesundheit an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen kann auf den festgestellten Bedarf zielgenau reagiert werden.

- b) Bei schon bestehenden oder sich entwickelnden Belastungen sind jedoch individuelle Angebote notwendig (vgl. KMS Az.: III.6-5 P 4013–6.90 706 vom 28. September 2007).

Im Rahmen ihrer Dienstaufgabe „Beratung von Lehrkräften und Schulen“ halten die Staatlichen Schulberatungsstellen **Beratungsangebote und Angebote mit kurativem Schwerpunkt** vor und kooperieren dabei teilweise auch mit externen Anbietern. Diese Beratung wird schwerpunktmäßig von **Schulpsychologen**, aber auch von erfahrenen Beratungslehrern an den Schulberatungsstellen geleistet. Zusätzlich werden Schulpsychologen von Schulen und Schulämtern herangezogen.

Zu den Maßnahmen, die schwerpunktmäßig dem Bereich der Beratung zuzuordnen sind, gehören u. a. Supervision, Fallbesprechung, Schulleitercoaching, Begleitung einer Lehrkraft in der Rehabilitation, aber auch Information über therapeutische Angebote außerhalb der Schule.

Als direkter Ansprechpartner für die Thematik wurde zum Beginn des Schuljahrs 2007/2008 an jeder Staatlichen Schulberatungsstelle ein **Gesundheitsbeauftragter** bestellt. Er koordiniert die Aktivitäten der Schulberatung in seinem Bezirk, organisiert und koordiniert in Absprache mit den lokalen Koordinatoren für die ggS Veranstaltungen zur Lehrergesundheit sowie die Informationen darüber, berät die Regionale Lehrerfortbildung fachlich und führt Einzelberatungen durch.

4. Umsetzungsebenen und Zeitschiene

Beratung

Der beschriebene Weg zur ggS kann natürlich von jeder Schule selbstständig gegangen werden. Liegt erst wenig Erfahrung mit Schulentwicklung vor oder möchte eine Schule schneller vorankommen, sollte sie sich als **Programmschule** bewerben, um sich von einem lokalen Koordinator unterstützen zu lassen.

Mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 stehen zunächst in den drei Regierungsbezirken **Unterfranken, Oberfranken und Oberbayern** jeweils zwei lokale Koordinatoren zur Verfügung, die drei Jahre lang je eine Gruppe von Programmschulen betreuen. Nach dieser Zeit sollten diese Programmschulen den Prozess zur Entwicklung einer ggS so gut kennen, dass sie in der Lage sind, ihn auch ohne lokalen Koordinator weiter zu führen. Während dieser drei Jahre sollte auch ein lokales Netz von Unterstützern entstanden sein, das den weiteren Entwicklungsprozess fördert.

Für die folgenden drei Schuljahre (also ab 2011/2012) stehen die Ressourcen für lokale Koordinatoren dann anderen Regierungsbezirken zur Verfügung.

Die Programmschulen werden jeweils mittels Ausschreibung gesucht. Bewerben kann sich jede Schule. Voraussetzung ist allerdings die Zustimmung zur Teilnahme von mindestens zwei Dritteln des Kollegiums.

Vernetzung

Jeder lokale Koordinator betreut eine kleine Gruppe möglichst nahe beieinander liegender Schulen, die im Lauf der drei Jahre ein Netzwerk knüpfen, in das auch die zuständigen Schulaufsichten eingebunden sind. Damit ist die Nähe zur Staatlichen Lehrerfortbildung und Schulentwicklung gegeben, die die Programmschulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten bevorzugt unterstützen. Die beteiligten Schulen tauschen regelmäßig ihre Erfahrungen aus und können bei einzelnen Maßnahmen kooperieren.

Schlüsselpersonen

Schulentwicklung ist eine Führungsaufgabe. Ob etwa Schüler-, Eltern- und Lehrerpartizipation ermöglicht wird, liegt in der Verantwortung der Schulleiter. Ihnen und den Schulaufsichtsbeamten kommt daher eine Schlüsselstellung zu bei der Entwicklung der ggS. Sie müssen daher vorrangig in das Gesamtkonzept der ggS eingeführt werden.

5. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2008 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI 2008 S. 195

2230.1.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 11. Juli 2008 Az.: III.4-5 S 1321.1-5.72 703

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Deutsch – Sprache untersuchen

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Jo-Jo Sprachbuch, Grundschule Bayern, v. Gruber u.a.:

^R2: ISBN 978-3-06-080570-9, 1. Aufl. 08, 14,95 €, ZN 109/08-V (10.07.08)

Diesterweg Verlag, Braunschweig:

BAUSTEINE • Sprachbuch, Ausg. Bayern, Neubearbeitung, hrsg. v. Emminger:

^R3: ISBN 978-3-425-12753-8, Aufl. 08/**Druck A¹**, 15,95 €, ZN 96/08-V (04.07.08)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Mobile • Sprachbuch, Bayern, v. Atzhorn u.a.:

^R3: ISBN 978-3-14-125313-9, Aufl. 08/**Druck A¹**, 17,50 €, ZN 97/08-V (10.07.08)

Deutsch – Lesen und mit Literatur umgehen

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Mobile Lesebuch, Bayern:

^R3: v. Grunert u.a., ISBN 978-3-14-125343-6, Aufl. 08/**Druck A¹**, 18,50 €, ZN 98/08-V (10.07.08)

Heimat- und Sachunterricht

Diesterweg Verlag, Braunschweig:

BAUSTEINE • Heimat- und Sachunterricht, Bayern, Neubearbeitung:

^R3: v. Frank u.a., ISBN 978-3-425-12773-6, Aufl. 08/**Druck A¹**, 11,95 €, ZN 107/08-V (10.07.08)

Hauptschule

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Deutschprofi, Lese- und Sprachbuch:

^RB 5: hrsg. v. Knapp, ISBN 978-3-486-10005-1, 2. Aufl. 08, 19,45 €, ZN 105/04-V (10.07.08)

Hauswirtschaftlich-sozialer Bereich

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Zusammenleben – Zusammenarbeiten:

^R8/M8: v. Plößner/Fichtner, ISBN 978-3-582-07456-0, 2. Aufl. 08, 17 €, ZN 252/05-V (10.07.08)

RealschuleBetriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen

Verlag Ernst Vögel, Stamsried:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen,

v. Harbauer u.a.:

^R**AK 7:** ISBN 978-3-89650-242-1, 3. Aufl. 08, 14,50 €, ZN 266/01-R (09.07.08)

Physik

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Physik, hrsg. v. Geipel u.a.:

^R**10 I:** ISBN 978-3-7661-6710-1, 1. Aufl. 08 19,80 €, ZN 91/08-R (10.07.08)

GymnasiumBiologie

DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin/

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Biologie, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Pietsch u.a.:

^R**10:** ISBN 978-3-89818-491-5, 1. Aufl. 08/**1. Druck**, 17,95 €, ZN 171/08-G8 (10.07.08)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

BIOskop, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Hausfeld/Schulenberg:

^R**10:** ISBN 978-3-14-150514-6, Aufl. 08/**Druck A¹**, 13,95 €, ZN 74/08-G8 (23.04.08)

Deutsch – Lesebücher

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Das Buchner Lesebuch, hrsg. v. Hotz/Rötzer:

^R**9:** ISBN 978-3-7661-3809-5, 1. Aufl. 08, 18,20 €, ZN 59/08-G8 (15.04.08)

Französisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

À plus! zugel. in Französisch als **1. u. 2. FS:**

^R**5 cycle long:** v. Gregor u.a., ISBN 978-3-464-22066-5, 1. Aufl. 08, 17,25 € (kart. ISBN 978-3-464-22091-7, 15,95 €), ZN 47/08-G8 (28.03.08), zugel. f.d. Jgst. 9 bzw. 10

Geschichte – Lehrbücher

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Das waren Zeiten, *Ausg. Bayern*, hrsg. v. Brückner/Focke:

^R**5:** *Die Auflösung der bipolaren Welt*, ISBN 978-3-7661-4455-3, 1. Aufl. 08, 16,90 €, ZN 147/08-G8 (03.07.08), zugel. f.d. Jgst. 10

^R**Teildruck „Die Weimarer Republik“:** ISBN 978-3-7661-4505-5, 1. Aufl. 08, 3,90 €, ZN 146/08-G8 (30.06.08), zugel. f.d. Jgst. 9; **die Zulassung gilt nur i.V.m. „Das waren Zeiten 4, ISBN 978-3-7661-4764-6, 1. Aufl. 07“**

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Histoire/Geschichte, *Deutsch-französisches Geschichtsbuch (französische Ausgabe):*

L'Europe et le monde depuis 1945 mit CD-ROM, v. Bernlochner u.a., ISBN 978-3-12-416520-6, 1. Aufl. 06, 26,95 €, ZN 160/08-G (11.07.08), **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Buch**

L'Europe et le monde du congrès de Vienne à 1945, v. Braun u.a., ISBN 978-3-12-416521-3, 1. Aufl. 08, 26,95 €, ZN 159/08-G (11.07.08)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

HORIZONTE, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Baumgärtner u.a.:

^R**Die Weimarer Republik:** ISBN 978-3-14-111026-5, Aufl. 08/**Druck A¹**, 3,95 €, ZN 145/08-G8 (30.06.08), zugel. f.d. Jgst. 9; **die Zulassung gilt nur i.V.m. „Horizonte 9, ISBN 978-3-14-111030-2, Aufl. 07/Druck A¹“**

Informatik

DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin/

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Informatik, *Gymnasium Bayern:*

^R**10:** v. Ehmann u.a., ISBN 978-3-8355-6002-4, 1. Aufl. 08/**1. Druck**, 16,95 €, ZN 105/08-G8 (10.07.08)

Italienisch

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Hinweis:

Die Zulassung der Unterrichtswerke **„In piazza**, ISBN 978-3-7661-4935-0, 1. Aufl. 03“ sowie **„In piazza – Grammatisches Beiheft**, ISBN 978-3-7661-4936-7, 1. Aufl. 03“ zum Gebrauch am G9 (Jgst. 10 u. 11) wird hiermit ausgedehnt auf das G8 (Jgst. 10–12), ZN 158/08-G8 (07.07.2008), **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11.**

Latein – Lesebücher/Texte mit ausführlicher inhaltlicher Erläuterung

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

TRANSFER, *Die Lateinlektüre*, hrsg. v. Utz:

^R**8:** *Cogito, ergo sum. Texte von Vitruv, Plinius, Seneca, Cicero u.a.*, ISBN 978-3-7661-5168-1, 1. Aufl. 08, 9 €, ZN 137/08-G (30.06.08)

Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen des
Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen
Schulfinanzierungsgesetzes vom 31. Mai 2000
(GVBl S. 455, KWMBI I S. 251)
lernmittelfrei sind

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Erdkunde

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

^R**Haack Weltatlas mit CD-ROM, Bayern**, ISBN 978-3-623-49624-5, 1. Aufl. 08/**Druck 08**, 18,95 €, ZN 122/08-V/R (30.06.08); **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Werk**

Realschule

Erdkunde

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

^R**Haack Weltatlas mit CD-ROM, Bayern**, ISBN 978-3-623-49624-5, 1. Aufl. 08/**Druck 08**, 18,95 €, ZN 122/08-R/V (30.06.2008); **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Werk**

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige
Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Arbeitshefte zur Verwendung im Rahmen des fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsauftrags Verkehrs- und Sicherheitserziehung

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Partner auf der Straße:

^R**3: Basisheft**, v. Beuntner/Fühlers, ISBN 978-3-12-768001-0, 1. Aufl. 08, 3,95 €, ZN 118/08-V (10.07.08)

Deutsch – Die Schriftsprache erwerben

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

Mimi, die Lesemaus, Ausg. E, v. Borries u.a.:

^R**Arbeitsheft mit Druckschriftlehang**: ISBN 978-3-486-00509-7, 1. Aufl. 08, 7,95 €, ZN 113/08-V (04.07.08)

Deutsch – Für sich und andere schreiben

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Sicher zum Grundwortschatz, v. Gramsamer/Holzner:

^R**1**: ISBN 978-3-12-210001-8, 1. Aufl. 08, 7,95 €, ZN 106/08-V (04.07.08)

Deutsch – Sprache untersuchen

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Jo-Jo Sprachbuch – Arbeitsheft, Grundschule Bayern:

^R**2**: v. Giefing, ISBN 978-3-06-080573-0, 1. Aufl. 08/**1. Druck**, 6,95 €, ZN 117/08-V (10.07.08)

Förderschulen und Schulen für Kranke
Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung

Förderschwerpunkt Lernen

Deutsch

Schroedel Verlag, Braunschweig:

Stark in ... Deutsch 1, v. Andreas u.a.:

^R**Arbeitsheft Schreiben zu den Werkstätten Schreiben und Rechtschreiben und zu den Arbeitstechniken Lesen und Vorlesen, richtig abschreiben und Nachschlagen**: ISBN 978-3-507-41920-9, Aufl. 07/**Druck A¹**, 5,95 €, ZN 99/08-S (27.05.08), zugel. f.d. FSt. III

^R**Arbeitsheft Sprache zur Werkstatt Sprache**: ISBN 978-3-507-41921-6, Aufl. 07/**Druck A¹**, 5,95 €, ZN 100/08-S (26.05.08), zugel. f.d. FSt. III

Realschule

Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Hinweis:

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

BWR mit Spannung und Spaß – Arbeitsheft, v. Christ/Rister:

^R**7**: ISBN 978-3-427-74111-4, 2. Aufl. 07, 7 €, ZN 20/03-R (10.07.08)

^R**8**: ISBN 978-3-427-74112-1, 2. Aufl. 07, 7 €, ZN 191/02-R (10.07.08)

Englisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Learning English • Red Line New – Workbook, Bayern:

^R**2 mit Audio-CD**: v. Ashford u.a., ISBN 978-3-12-581172-0, 1. Aufl. 08, 8,95 €, ZN 5/08-R (10.07.08), zugel. f.d. Jgst. 6; **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft**

Gymnasium

Geschichte

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

HORIZONTE • Geschichte, Gymnasium Bayern:

^R**Das Grundwissen der Jahrgangsstufen 6–10 im**

Überblick: ISBN 978-3-14-111025-8, Aufl. 08/**Druck A¹**, 2,95 €, ZN 144/08-G (30.06.08)

Italienisch

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

H i n w e i s :

Die Zulassung des Unterrichtswerks „**In piazza – Arbeitsheft**, ISBN 978-3-7661-4937-4, 1. Aufl. 04“ zum Gebrauch am G9 (Jgst. 10 u. 11) wird hiermit ausgedehnt auf das G8 (Jgst. 10–12), ZN 159/08-G8 (07.07.2008), **befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11.**

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums in Kraft.

Kufner
Ministerialdirigent